

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XXI/207

Bonn, den 28. Oktober 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a - 1b	Einen neuen Anfang setzen	22

Der Offenbarungseid ist fällig

2	"Kur die Petersilie auf den Salzkartoffeln"	34
	Stabilisierungsgespräch mit Lieschen Müller	
	Von Dr. Hans Ils, MdB	

3 - 4	"Haltung bewahren"	68
	Das AW-Kurheim für haltungsgeeschädigte Kinder	
	in Laus-Purpach, Saarland	

5	Bonn - Madrid	32
	Spaniens Deutschland-Politik unter der Lupe	
	Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid	

+ * +

Einen neuen Anfang setzen!

Der Offenbarungseid ist fällig

sp - Alle, die ihn einst riefen, sagen jetzt: Er muss weg! Die einen sagen es offen, die anderen leise. Aber alle meinen Erhard.

Erhard hat das "Einjährige" nicht bestanden; die von ihm geführte Koalitionsregierung auch nicht. Jeder fragt sich, ob es einen Schuldigen gibt. Ihn n u r in der Person Erhard zu suchen, hiesse die Ursachen der Regierungskrise zu verkennen. Die Krise belastet die stärkste Regierungspartei, die CDU und ihre Fraktionsschwester CSU schon seit langen. Es ist aber nicht nur eine personelle Krise, nicht nur eine Krise, hervorgerufen durch einen Haushalt der Fiktion.

Spätestens bis 1960 schwamm die CDU auf den Wogen des kalten Krieges. Sie wollte das auch noch nachher tun, konnte es jedoch nicht, weil sich die Voraussetzungen ihrer Politik verändert hatten. Nach der Errichtung der Schandmauer in Berlin am 13. August '66 hätte diese Partei noch die Möglichkeit gehabt, durch Bildung einer Allparteienregierung Staatspolitik zu machen. Sie aber wies entsprechende Ratschläge weit von sich zurück.

Seither verfrüht sie sich in Diadochenkämpfern, existiert sie von der Vorstellung, mit Hilfe von Wahllokomotiven fehlende Politik ersetzen zu können, und zerreibt sich in einem permanenten Klügelkampf. Aber auch das ist weniger eine Frage von Personen; dahinter steht das Unvermögen, festfundierte politische Konzepten zu entwickeln und Staatspolitik an Stelle von Parteipolitik zu setzen, die Deutschland in Einklang mit den Veränderungen in der Welt bringt.

Die CDU/CSU, hat sich, zusammen mit ihrem Koalitionspartner FDP, von Krise zu Krise über die Runden gebracht. Aber während dieser Zeit gab es weder eine Finanzpolitik noch eine Wirtschaftspolitik; es gab keine Deutschland- und keine Aussenpolitik.

Als im Juli dieses Jahres der grosse Donnerschlag im volkreichsten Land der Bundesrepublik, in Nordrhein-Westfalen, kam, als die SPD stärkste Partei wurde, die CDU aber trotzdem mit der FDP jene berühmte Einmännigkeit für den bisherigen CDU-Ministerpräsident Meyers im Landtag erzwang, wurde sichtbar, wie brüchig das Fundament ist, auf dem diese Partei mit ihren Parteivorsitzenden und Bundeskanzler steht. In jenen Tagen sagte Willy Brandt, es werde sich bitter rächen und die Demokratie werde Schaden nehmen, wenn man glaube, auf die Dauer gegen die Sozialdemokratie regieren zu können.

Wir glauben nicht, dass für die Freien Demokraten Überlegungen solcher Art für ihren Austritt aus der Regierung in Bonn entscheidend

waren. Diese Partei hat seit vielen Jahren eine Profilneurose. Jeweils vor Wahlen versucht sie aus einer oppositionellen Haltung Nutzen zu ziehen, tut sie, als habe sie nie Regierungsverantwortung getragen, um dann später als entweder geschwächter oder jüngster Juniorpartner wieder in die Regierung einzuziehen. Was daraus am Ende werden wird, ist nicht die Sorge der Sozialdemokratie; das müssen die Strategen der FDP unter sich ausmachen.

Viel wichtiger ist die Frage, ob sich die deutsche Demokratie noch lange solcher grausamen Selbstverstümmelung leisten kann. Ein kranker Körper kann gesunden, wenn zur richtigen Zeit ein krankes Glied abgeschnitten wird. Aber auch dann muß die richtige Therapie angewandt werden, um den nunmehr von der Krankheit befreiten Körper die volle Entfaltungsmöglichkeit wiederzugeben.

Die CDU/CSU ist aber auch nicht gesund. Die an ihr werkenden Ärzte wissen auch nicht, wie es weitergehen soll. Weder die Innenpolitik, weder die Verteidigungspolitik, auch nicht die Deutschland- und Außenpolitik konnten in dieser Partei während der jahrelangen dauernden Richtungskämpfe klar formuliert werden.

Da steht Schröder gegen Strauß und Guttenberg gegen Mayonika. Da sagt ein Felix von Eckardt, Immobilismus sei zur Zeit das beste Rezept für die Deutschlandpolitik. Da wollen einige den Verteidigungshaushalt kürzen ohne zu sagen, welche Sicherheitspolitik dann gemacht werden soll, während andere am liebsten den deutschen Finger am Abzughebel atomarer Waffen haben möchten. Da reden einige davon, ein Minderheitskabinett unter Führung von Erhard könne ohne weiteres den Haushalt ausgleichen, während andere erklären, in den kommenden Jahren werde sich das Defizit von vier auf mindestens acht Milliarden erhöhen.

Und das Schlimmste: Alle tun dabei so, als hätte der Minderheitskanzler, der doch angeblich von Wirtschaftspolitik etwas verstehen soll, niemals die Möglichkeit gehabt, von dem Verfassungsrecht zur Korrektur von Ausgaben Gebrauch zu machen. Dazu fehlte ihm der Mut. Aber vielleicht haben ihn seine eigenen Parteifreunde in die offenen Messer laufen lassen, vielleicht haben sie gewollt, daß er zur Ohnmacht verurteilt wird. Wer weiß es?

Jetzt ist es soweit gekommen, daß selbst in den Reihen der CDU/CSU und nicht weniger bei der FDP auf alte Vorschläge der SPD zur Bewältigung der staatspolitischen Aufgaben zurückgegriffen wird, auf Vorschläge, die man noch vor wenigen Monaten verhöhnt hat.

In dieser Situation - wir müssen es noch einmal sagen - ist die Deutsche Sozialdemokratie die einzige solide Kraft der deutschen Demokratie. Sie macht das Spiel mit einer auswechselbaren Politik nicht mit. Ihre Vorschläge zur Sicherung der Währung, zur Sicherung der Arbeitsplätze und zum weiteren Wachstum der Wirtschaft stehen seit langem fest.

Ihre Finanz- und Wirtschaftsexperten haben schon vor der Bundestagswahl 1965 ein langfristiges Programm der wirtschaftlichen Stabilisierung vorgelegt. Sie haben im Frühjahr 1965 - unter den damals gegebenen Verhältnissen - ihre Vorstellungen von einer in die Zukunft weisenden deutschen Politik erneut vorgetragen. Auch während der jüngsten Beratungen über das von der schon im Keim kranken Regierung Erhard eingebrachten Stabilitätsgesetz hat die SPD ihre gut fundierten Vorschläge im Parlament und in den Ausschussberatungen eingebracht. Diese Vorschläge sind auch heute, trotz des Wirbels über den Rücktritt der FDP-Minister, gültig.

In der Deutschlandpolitik hat sich die SPD an die Spitze jener gestellt, die seit langem wissen, dass der Immobilismus der Ergete Feind aller Versuche ist, die Spaltung Deutschlands zu überwinden. Aussenpolitisch war die SPD der Initiator aller jener Massnahmen, die helfen sollten, die Bundesregierung aus einer weltweiten Isolierung herauszuführen und sie von dem Verdacht zu befreien, ein Bremsklotz für jede Entspannung zu sein.

Es bleibt dabei: Die SPD wird konsequent diesen hier gezeichneten Weg fortsetzen. Sie ist weder ein Erfüllungsgehilfe zur Rettung oder Vernebelung einer schlechten Politik, noch wird sie sich an dem Ränkespiel um die Besetzung von Ministerposten beteiligen. Bevor es weiter geht, müssen die Bankrotteure der deutschen Politik erst einmal ihren eigenen Bankrott eingestehen. Sie müssen dem Volk die volle Wahrheit über den Zustand der deutschen Politik sagen. Dann kann mit jedem über eine neue, bessere Politik gesprochen werden. Wer jetzt versucht, auswechselbare Mehrheiten zustande zu bringen, wer die Vorstellung hat, er könne die SPD für seine eigenen Zwecke einspannen, soll das erst gar nicht anfangen. Er wird seine spärlichen, noch vorhandenen Zähne an Granit zerteissen.

Das Kriterium für die weitere Entwicklung ist nicht die Frage, wer wieviel Minister stellt, sondern der Inhalt der Politik, die unseren Staat aus der von einer unfähigen Bundesregierung verursachten Agonie herausreissen und im internationalen Rahmen wieder handlungsfähig machen kann.

"Nur die Petersilie auf den Salzkartoffeln"

Von Dr. Hans Ils, MdB

Keine Freundin Lieschen Müller hat mich jüngst gefragt, was mit dem Stabilisierungsgesetz eigentlich stabilisiert werden soll, ich sollte mich nicht lange bei der Vorrede aufhalten, gleich auf den Kern der Sache kommen und Fremdwörter vermeiden; sie habe die Volksschule besucht und verstehe nur deutsch.

"Kun", so hub ich an, "im Kern geht es um unser aller Ersparnisse. Wir sind ein sparsames Volk. Allein im letzten Jahr haben die privaten Spareinlagen bei den Sparkassen und Banken um 16 Mrd. DM zugenommen; sie betragen jetzt über 100 Mrd. DM". - "Oh!" sagte Lieschen Müller.

"Die Banken und Sparkassen verleihen diese Gelder weiter an Privatpersonen, Wirtschaftsunternehmen, an Länder und Gemeinden. Die Gemeinden verwenden sie zum Bau von Verkehrsanlagen, für Schulen und Krankenhäuser, Schwimmbäder, Sportanlagen und die vielen sonstigen Gemeinschaftseinrichtungen, die wir Bürger und unsere Kinder für ein geordnetes Leben Tag für Tag brauchen. Die Wirtschaftsunternehmen bauen mit dem Geld die Werksanlagen aus, errichten neue Fabriken, kaufen modernste Maschinen, um mit der technischen Entwicklung Schritt zu halten". - "Ah!" sagte Lieschen Müller.

"Nun, wir alle wissen, daß die Technik sehr schnell voranschreitet und daß die Aufgaben der Gemeinden ständig umfangreicher werden. Es ist deshalb gar nicht verwunderlich, daß eine Art Konkurrenzkampf um unsere Ersparnisse entbrannt ist. Eine Reihe von Unternehmern ist der Ansicht, daß ihnen der Löwenanteil daran gebühre und daß den Gemeinden der freie Zugang zum sogenannten Kapitalmarkt gesetzlich versperrt werden müsse. Einer ihrer Wortführer, Zahnpastenfabrikant und Verbandspräsident, verlangt, die Länder und Gemeinden dürften nicht erhalten, was notwendig, sondern nur, was unumgänglich sei". - "Oho!" sagte Lieschen Müller.

"Erhard legte einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Der Paragraph 3 dieses Gesetzentwurfs ist von entscheidender Bedeutung. Mit ihm will die Bundesregierung den Ländern und Gemeinden - wie es im Juristendeutsch heißt - "die Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits" beschränken. Der übrige Inhalt des Entwurfs ist, von einer Bestimmung über Abschreibungen abgesehen, von untergeordneter Bedeutung, ist mehr oder weniger psychologischer Natur. - "Also nur die Petersilie auf den Salzkartoffeln", sagte Lieschen Müller.

"Wenn der Gesetzentwurf in seiner Überschrift von Stabilität spricht, so kann dieses Wort nur die Bedeutung von "Sicherstellung" haben. In der Bundesrepublik sollen nicht Wirtschaft und Gemeinschaft gleichermaßen aus den Ersparnissen des Volkes schöpfen können; es soll vielmehr gesetzlich sichergestellt werden, daß die Wünsche der Wirtschaft vor den Bedürfnissen der Länder und Gemeinden rangieren."

"Offensichtlich", meinte Lieschen Müller, "ist es im Großen nicht anders als im Kleinen: Viele Wünsche und zu wenig Geld. Wir kleinen Leute kennen das. Wir müssen unser Lebtäg lang einteilen und planen, sonst könnten wir überhaupt keine Anschaffungen machen. Die Großen sollten sich an uns ein Beispiel nehmen!"

"Sehr richtig!" sagte ich, "auch sie sollten bei ihren Bedürfnissen nach der Dringlichkeit gehen. Zahnpasta beispielsweise haben wir Überflut, moderne Krankenhäuser aber viel zu wenig. Was dringlich ist, darf nicht von Interessenvertretern bestimmt werden nach dem Grundsatz: Jedem das Seine, uns aber das Meiste! Gerecht denkende Leute müssen darüber bestimmen, die nicht den eigenen Vorteil, sondern das große Ganze im Auge haben, unser aller Wohlfahrt."

"Solche Leute gibt's doch überall", sagte Lieschen Müller, "sicherlich auch in Bonn. Im Wahlkampf haben ja alle Parteien fast nur von Gemeinschaftsaufgaben gesprochen. Wir haben das nicht vergessen."

"Haltung bewahren"

Das AW-Kurheim für haltungsgeschädigte Kinder in Haus-Furpach, Saarland

AWO - Für die heranwachsende Generation wird einiges getan - das ist nicht zu bestreiten. Manche Leute meinen sogar, es sei zu viel des Guten: Jugendaustausch, Ferienkolonien, Stadtranderholung, Ferienheime, Kurheime - das alles, so hört man manchmal, habe es früher nicht oder doch nicht in diesem Ausmaß gegeben. Und es sei auch gegangen.

Schul- und Kinderärzte sind anderer Ansicht. Sie meinen, daß noch viel zu wenig Vorsorge getroffen werde für die Gesunderhaltung unserer Kinder. An überzeugenden Begründungen dieser Auffassung fehlt es nicht. Zum Beispiel hat man sich in der Öffentlichkeit, auch in Elternkreisen, noch längst nicht genug mit der Tatsache beschäftigt, daß die Zahl der haltungsgeschädigten Kinder geradezu beängstigend zugenommen hat.

- * Fachärzte weisen immer wieder darauf hin, daß mehr als die Hälfte unserer Schuljugend Haltungsschäden mit sich herumträgt. Ein hoher Prozentsatz der Heranwachsenden hat also jetzt schon die Anwartschaft auf schwer zu behebende, schmerzhafte Leiden wie
- * Wirbelsäulenverkrümmung, Bandscheibenschäden und dergleichen
- * und damit auf Frühinvalidität und andere schwere Beeinträchtigungen erworben.

Haltungsschäden sind nicht nur bereits fixierte Rundrücken, nicht mehr ausgleichbare Verbiegungen sowie schmerzhafte Veränderungen der Wirbelsäule; Haltungsschäden sind auch schon schlaffe Haltung und jeder andere Haltungsfehler. Rundrücken in noch nicht fixiertem Zustand, geringe seitliche Verbiegungen der Wirbelsäule (Skoliosen). Schäden dieser Art lassen sich in den meisten Fällen durch eine geeignete Therapie ausgleichen. Nur: sie muß r e c h t z e i t i g angewandt werden. Zum Glück sind viele, wenn nicht die meisten Haltungsschäden bei Kindern durch sachgemäße Kurbehandlung noch zu beheben. Aber wo werden solche Behandlungen durchgeführt?

In einem Spezialkurheim des Bezirksverbandes Saar der Arbeiterwohlfahrt hat man die Aufgabe angepackt, noch korrigierbare Haltungsschäden bei Schulkindern zu behandeln. Man weiß in dem modern eingerichteten, großzügig angelagerten Heim in Haus-Furpach bei Neunkirchen,

daß es bei der Beurteilung des Haltungsschadens nicht nur auf die Berücksichtigung des allgemeinen Entwicklungszustandes der Muskulatur des Patienten und seine muskuläre Leistungsfähigkeit, sondern vor allem auch darauf ankommt, die durch Fehlhaltung entstandenen seelischen Spannungen und Belastungen zu berücksichtigen. Mit Hilfe intensiver und gezielter Krankengymnastik, durch Massagen, Streckungsübungen in Schräghang und ausgesuchten Schwimmübungen versucht man dort, den Fehlhaltungen entgegenzuwirken. Ein Fachorthopäde leitet die Übungen; ihm stehen ausreichend Fachkräfte für Gymnastik und Massage zur Seite. Die einzelnen Übungen und Behandlungen richten sich nach einem für jedes Kind vorher festgelegten Plan.

- * Jährlich werden acht Kuren durchgeführt; jede Kur dauert sechs
- * Wochen. Teilnahmeberechtigt ist jedes Kind im schulpflichtigen
- * Alter, bei dem einer der oben geschilderten Haltungsschäden
- * von Gesundheitsamt oder durch einen Facharzt festgestellt wurde
- * und das durch die Eltern rentenversichert ist. An den Kuren
- * nehmen jeweils bis zu hundert Kinder teil. Sie kommen aus al-
- * len Bundesländern nach Haus-Furpach.

Kinder mit gleichartigen Fehlhaltungen werden in kleine Gruppen zusammengefaßt. Zweimal täglich turnt jede Gruppe die ihr verordneten Übungen durch. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich Wasserübungen.

Natürlich wird während der Kur, besonders bei Regenwetter, im Heim auch viel gebastelt, gespielt und gesungen. Geeignete Räume und das dafür erforderliche Material sind vorhanden. Daß während des Kur-aufenthaltes auch Unterricht in den wesentlichsten Elementarfächern erteilt wird, gilt naturgemäß nur bei einem Teil der Kinder als Plus. Die Eltern empfinden es aber durchweg als eine Beruhigung, daß die Schulkenntnisse in Deutsch, Rechnen und Heimatkunde wachgehalten und aufgefrischt werden. Erteilt wird dieser Unterricht von Lehrern benachbarter Volksschulen, die von der Heimleitung dafür gewonnen werden konnten.

Haus-Furpach ist ein Beispiel durchdachter Gesundheitsvorsorge zugunsten der nachwachsenden Generation.

Bonn - Madrid

Spaniens Deutschland-Politik unter der Lupe

ED-1 - In Madrid fällt der rege Reiseverkehr spanischer und deutscher Minister auf, die einander in der spanischen Hauptstadt wie in Bonn die Tür in die Hand geben im Zeichen einer deutschen Export-Offensive und im Hinblick auf die neue Brüsseler Gesprächsrunde über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der EWG und Spanien.

Von der bisherigen Haltung der EWG gegenüber Spanien enttäuscht, nahm nicht nur Bundeswirtschaftsminister Schauckler in seinem Reisegepäck den Eindruck mit, Spaniens Staatschef Franco habe seine EWG-Assoziierungspläne begraben und strebe ein ziemlich loses Arrangement mit dem Gemeinsamen Markt an. Auch die Madrider Nachmittagszeitung "Madrid" blies ins gleiche Horn und forderte die spanische Wirtschaft auf, die Einfuhren aus dem EWG-Raum zugunsten eines ausweiteten Handels mit den kommunistischen COMECON-Ländern zu drosseln, weil man in Brüssel "nur verkaufen, aber nichts kaufen" wolle, während der Ostblock in Spanien als immer wichtigerer Käufer auftritt.

Die "Deutsche Industrie-Ausstellung Madrid" ist also gerade zur rechten Zeit eröffnet worden, um den EWG-feindlichen Kräften in Spanien entgegenzuwirken. Dazu gehören in erster Linie die Unternehmer. Auch die nichtfalangistischen Kräfte, die in jüngster Zeit in Spanien immer größeren Einfluß zu entfalten verstanden, zählen zu den Gegnern von einer spanischen Bindung an EWG und NATO.

Das Falange-Organ "Arriba" glaubt zu wissen, daß sich Bonn noch immer Hoffnungen mache auf ein spanisches "Ja" zum Überfliegen spanischen Luftraums durch deutsche Militärflugzeuge, die den südportugiesischen NATO-Stützpunkt Beja anfliegen. Ob der Bonn-Besuch des spanischen Außenministers Fernando Maria Castiella bereits ein solches Verhandlungsergebnis zeitigen konnte, wird allerdings in Madrid bezweifelt, weil hier die Materie für "kompliziert" gehalten wird, denn Spanien kann nicht gut "ja" sagen im Falle Bonn, wenn es anderen NATO-Ländern das Überfliegen seines Hoheitsgebiets untersagt.

Man wird sich also in Bonn noch eine Zeitlang in Geduld üben müssen.